erkannt worden, doch wird es von Polen verwaltet gleich einer polnischen Provinz, zudem hat sich Polen durch Nachbahnkonzessionen die Unterstützung Frankreichs in dieser Frage gesichert, indem es die französische Industrie durch weitgehende Konzessionen an dem Schicksal des Landes interessierte. Hier nun erklärte das offiziöse Prager Organ die ohnehin französische Frage sei ungelöst und bei der endgültigen Lösung hätte auch die Tschechoslowakei noch ein Wort mitzureden. Für Polen war das ein kalter Wasserstrahl. Merkwürdigerweise aber blieb die Reaktion aus; die polnische Rechtspresse, die sonst bei jeder Kritik, die am polnischen Staat und seiner Politik geübt wird, überschäumt, bemüht sich, die tschechische Abfertigung möglichst zu beschönigen. Die Order zu solcher Haltung geht zweifellos von Paris aus, dessen Winken man in Warschau ja gern entspricht. Man sieht gar in Paris, daß die Reise des Marschall Foch, die ja vor allem den Zweck hatte, Polen und die Tschechoslowakei zu versöhnen, und so die Barriere gegen Deutschland zu schließen, nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat, aber man ist weit davon entfernt, das Ziel aufzugeben. Noch hat die berüchtigte Westen gerichtete „Mauer vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer" manche Lücke, aber man wird in Paris auch weiter bemüht bleiben, diese Lücken zu schließen.

Daher kommt auch der Zusammenkunft der Außenminister der baltischen Staaten, die in diesen Tagen stattfinden und auf der auch Polen vertreten sein wird, besondere Bedeutung zu. Das Problem des baltischen Bundes ist ja ebenso alt wie die baltischen Staaten selbst. An Konferenzen, die dieser Frage gewidmet waren, hat es gewiß nicht gefehlt, ohne daß bis heute ein Resultat erzielt wäre. Getreu den französischen Richtlinien wird Polen nun versuchen, die baltische Entente zu schaffen, in der Warschau den Ton angeben, gleichzeitig aber die Idee ein Werkzeug der französischen Politik werden würde. Bemerkenswert ist, daß diesmal die beiden unversöhnlichen Gegner Polen und Litauen bei diesen Beratungen zum erstenmal gemeinsam an einem Tisch sitzen werden. Diese Tatsache sichert den Beratungen ein erhöhtes Interesse. Ob es Herrn Sevda gelingt, seine Pläne hier durchzusetzen, bleibt zunächst zweifelhaft. Die baltischen Staaten sind sich bislang darüber im Klaren gewesen, daß ihre Aufgabe Brückenbau heißt, und von baltischer Seite ist einmal das Wort gepragt, daß diese Staaten Brücke sein, oder aber nicht sein würden. So wäre es nicht weiter verwunderlich, wenn Herr Sevda nach seinen letzten Enttäuschungen noch eine neue Enttäuschung erleben würde, was Deutschland aber nicht der Pflicht entbebt, trotz aller Reparations- und Ruhrsorgen die Dinge im Osten aufmerksam zu verfolgen und aus gewonnener Erkenntnis auch Folgerungen zu ziehen. us.

Die Presse in Gefahr.

Berlin, 2. Juli.

Nachdem die Verhandlungen mit den Druckpapierfabrikanten wegen des Papierpreises am Donnerstag, den 28. Juni, insofern ergebnislos verlaufen waren, als die Fabrikanten endgültig einen Preis von 7000 Mark für das Kilo forderten, zuzüglich eines Aufschlags für Zolltoff, der nach dem Dollarkurse vom Sonnabend, den 30. Juni, festgesetzt werden sollte, und das Reichswirtschaftsministerium einen Preis von 6300 Mark auf derselben Grundlage errechnet hatte, während die Zeitungsverleger nur höchstens 6300 Mark als berechtigt anerkennen konnten, haben die Druckpapierfabrikanten ohne weitere Verhandlungen den Papierpreis auf 7380 Mark per Kilo festgesetzt. Dieser Preis soll aber nur bis zum 15. Juli als Festpreis gelten, mit dem Vorbehalt, daß, wenn eine Kohlenpreiserhöhung eintritt, diese mit sofortiger Wirkung im Papierpreis zum Ausdruck kommen soll. Für den Rest des Monats Juli, also vom 15. bis 31. soll der durchschnittliche Dollarkurs der vorangegangenen Wochen maßgebend sein.

Die von den Papierfabrikanten gestellte Preisforderung haben die Vertreter des Zeitungsgewerbes bei den Verhandlungen als wesentlich zu hoch eingesetzt bezeichnet und müssen diesen ihren Standpunkt aufrechterhalten. Schärfsten Einspruch haben sie gegen die neuen Zahlungsbedingungen erhoben, die das Zeitungsgewerbe in einer unzulässigen Weise belasten und bei der Struktur desselben nicht erträglich sind. Eine Anfrage an das Reichswirtschaftsministerium, ob von dieser Stelle weitere Verhandlungen mit den Fabrikanten in die Wege geleitet werden sollten, um den nach Ansicht der Zeitungsverleger viel zu hohen Preis für das Papier herunterzudrücken und die rigorosen Zahlungsbedingungen zu ändern, ist unbeantwortet geblieben.

Der deutschen Presse erwächst die Pflicht, die Oeffentlichkeit auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die in einer derartigen Entwickelung liegen. Was dieses gerade in der jetzigen Zeit bedeutet, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Die Besprechungen über die wertbeständigen Löhne.

Berlin, 2. Juli.

Nachdem die vorbereitenden Besprechungen über die Wertbeständigkeit der Löhne im Reichsarbeitsministerium zu Ende geführt sind, tritt noch im Laufe dieser Woche eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildete kleine Kommission unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums und unter Hinzuziehung der beteiligten Reichsministerien zur Verhandlung über die gleiche Frage zusammen.

Im Vorjahren haben auch die Beratungen über die Beschleunigung des Index ihren Abschluß gefunden. Mit der Veröffentlichung des neuen Wochenindex wird etwa Mitte Juli zu rechnen sein. Schon vorher wird zum ersten Mal mit der Bekanntgabe der Durchschnittsziffer für den Monat Juni — ein Wochenindex — mitgeteilt werden, der aber nach auf den Mittwochserhebungen der vorhergegangenen Woche beruht.

Ziehung der Sparprämienanleihe.

Bei der Gewinn- und Tilgungsziehung der Deutschen Sparprämienanleihe von 1919 sind für die vier Reihen AB CD folgende höhere Gewinne ausgelost worden: 4 Gewinne zu 1 Mill. Mark auf Gruppe 1532 Nr. 4, 4 Gewinne zu 500 000 Mark auf Gruppe 1450 Nr. 340, 4 Gewinne zu 250 000 Mark auf Gruppe 1813 Nr. 71, 4 Gewinne zu 200 000 Mark auf Gruppe 1909 Nr. 228. Ferner sind die Nummern 59, 119, 289 und 369 sämtlicher 2500 Gruppen und der vier Reihen ABCD zur Tilgung vom 2. Januar 1924 ab gezogen worden, und zwar die Nummern 119 und 369 mit einem Preis von je 1000 Mark. Die Ziehungslisten gelangen, wie bisher, in den Schalterräumen der Postanstalten zum Aushang. Auf diesen Listen wird auch angegeben, von welcher Stelle die einzelnen Ziehungslisten und auch die Restlisten der bisher nicht abgeholdenen Gewinne bezogen werden können.

— **Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Markfälschungsaktion beriet** Montag in vertraulicher Sitzung die Geschäftslage, kam jedoch zu keinen Beschlüssen. Es findet aber am nächsten Mittwoch nochmal eine vertrauliche Sitzung des Ausschusses statt. Ob noch eine öffentliche Sitzung stattfinden wird, steht noch nicht fest.

Das abgeschlossene Rhein- und Ruhrgebiet.

Auch die englische Zone abgesperrt.

Mtb Köln, 2. Juli.

Der Beschluß der Interalliierten Rheinlandkommission, die Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet auf 14 Tage zu sperren, ist praktisch auch für die englische Zone dadurch wirksam geworden, daß die Franzosen bei Hengsten, die Weiterreise aller Reisenden verhindern. Die Reisenden müssen die Züge verlassen. In Bobwinkel und einigen anderen Kontrollstellen ist der Verkehr bisher noch nicht gestört.

Zu den neuen Abperrungsmaßnahmen wird noch gemeldet, daß der Plan besteht, den Postenkordon um das ganze besetzte Gebiet zu legen zu ziehen, daß die Posten sich beobachten können. Alle Feldwege und Straßen sollen streng überwacht werden.

B Aus dem Ruhrbezirk, 2. Juli.

Die Rhein- und Ruhrbrücken werden von den Belgiern aufs strengste bewacht. Das Ueberschreiten ist nur innerhalb der Straßenbahngeleise erlaubt. Die Passanten dürfen sich auf den Brücken nicht umsehen. Auf dem Rhein selbst dürfen Fahrzeuge und Schwimmer nicht näher als bis auf 50 Meter an die Pontons der belgischen Pioniere herankommen.

Außer der Sperre der Ein- und Ausreise für das gesamte besetzte Gebiet, die von den Besatzungsbehörden mit der Explosion auf der Rheinbrücke bei Duisburg begründet wird, haben die Besatzungsbehörden eine Reihe weiterer Verkehrseinschränkungen eintreten lassen oder angekündigt. Weitere Zwangsmaßnahmen sind in Aussicht genommen, um den Verkehr auf dem Wasserwege lahmzulegen. Weiter haben die Besatzungsbehörden die Bahnstrecken Daun—Wittlich und Daun—Hohenfels gesperrt, wodurch die stark benutzte Verbindung vom Rhein nach Trier unterbunden ist.

Düsseldorf, 2. Juli.

Havas berichtet, die Durchführung der von den belgischen Behörden durchgeführten Repressalien habe bis heute zu keinen ernsten Zwischenfällen geführt. 25 Personen, die trotz der Verkehrssperre auf den Straßen angetroffen wurden, seien verhaftet worden. Eine Patrouille habe eine Gruppe von Deutschen beschossen, die beim Durchschneiden von Telephondrähten an der Strecke Essen—Werden überrascht worden sei. Im Rheinland sei es zu einem Zusammenstoß zwischen deutschen Angestellten der französisch-belgischen Regie und Arbeitslosen gekommen, wobei deutsche Polizisten zwei im Dienst der Regie stehende Deutsche verwundet hätten.

B Aus dem Ruhrbezirk, 2. Juli.

Nach der Verhängung des verschärften Belagerungszustandes kam es in der Nacht zum Sonntag in einzelnen Stadtteilen Duisburgs zu Schießereien. Dabei wurde im Stadtteil Meiderich auf dem Marktplatz gegen 11 Uhr abends ein 16jähriger junger Mann durch Schüsse verletzt und soll inzwischen im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen sein.

Die Jagd auf Deutsche.

Buer, 2. Juli.

Wie die „Baerscher Zeitung" meldet, wurde Sonnabend abend der russisch-polnische Staatsangehörige Lorenz Bestat von einer belgischen Patrouille einige Minuten nach 8 Uhr durch einen Herzschuß getötet. Der 24 Jahre alte Paul Preußler aus Buer-Resse wollte kurz nach 8 Uhr seinen Hund, der ihm entlaufen war, aus dem Nachbarhaus zurückholen, als er von einer belgischen Patrouille bemerkt wurde. Als er sich verfolgt sah, flüchtete er in das Dachgeschoß. Als die Patrouille folgte, stieg er in seiner Verzweiflung auf das Dach, stürzte aber auf den Hofhinab, wo er mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. An den Folgen der erlittenen Verletzungen verschied er gestern. In der Hugostraße wurde der 28 Jahre alte Bergmann Adolf Pattoff durch einen Oberschenkelschuß schwer verletzt, weil er sich nach 8 Uhr auf der Straße aufhielt. Wegen Ueberschreitung der Sperrzeit wurde eine Reihe von Bürgern festgenommen. In der letzten Zeit nahmen die Belgier Haussuchungen bei Bürgern vor, von denen angenommen wird, daß sie rechtsgerichteten politischen Parteien angehören.

Neue Zechenbesetzung.

Mtb Essen, 2. Juli.

Die Zechen Mansfeld, Heinrich, Gustav und Amalie bei Essen sind gestern von den Franzosen besetzt worden.

Der Abwehrkampf wird fortgesetzt.

Eine Kundgebung der D. V. P.

Hamm, 2. Juli.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich eine am Sonntag hier abgehaltene Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Volkspartei für das Einbruchsgebiet. Trotz aller Schwierigkeiten und Strapazen waren viele hundert Delegierte der neu besetzten Wahlkreise zusammengekommen. Die von den Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann und dem Landtagsabgeordneten Dr. Leidig gehaltenen Referate fanden restlose Zustimmung. Allgemein kam die lebhafte Befriedigung und die große Freude zum Ausdruck, in freier Aussprache seine Meinung zum Ausdruck bringen zu können. Der feste Wille, unter allen Umständen im Widerstand zu verharren und die entschiedene Ablehnung aller Versuche, diese Einigkeit zu beeinträchtigen, bildeten den Untergrund der eingehenden Aussprache.

Unter lebhafter Zustimmung der anwesenden Vertreter wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt: Wir erklären, daß wir nicht aufhören werden, mit aller Entschiedenheit und allen Mitteln den passiven Widerstand gegen den Rechtsbruch und die gewaltsame französische Machtpolitik aufrecht zu erhalten und bis zu einer für das deutsche Volk erträglichen Lösung des Reparationsproblemes durchzuführen. Je brutaler Frankreich der wehrlosen Bevölkerung des Ruhrgebiets den Fuß in den Nacken setzt, um so enger werden sich alle Schichten zu einer Notgemeinschaft zusammenschließen zum Kampf für Wahrheit und Recht gegen Unrecht. Wir sind der Ueberzeugung, daß dieser Kampf zum glücklichen Ende nur dann gebracht werden kann, wenn ohne Unterschied der Partei das ganze Volk in einmütiger Abwehr zusammenhält, fordern aber auch, daß gegen die elenden Lumpen, welche sogar im unbesetzten Gebiet ihr schamloses Treiben als Spitzel für unsere Feinde fortsetzen, sofort mit aller Rücksichtslosigkeit und den schärfsten Strafen vorgegangen wird.

Die Saarfrage vor dem Völkerbundsrat.

Das versöhnende Frühstück.

Die Rücksicht auf Frankreichs „Prestige".

eca. Paris, 2. Juli.

Ueber die heutige Sitzung des Völkerbundsrates in Genf, die sich in der Hauptsache mit der Saarfrage zu befassen hatte, teilt der Korrespondent des „Journal des Debats" mit, daß der Völkerbundsrat heute vormittag um 12 Uhr unter dem Vorsitz Salandras zusammengetreten ist. Der Völkerbundsrat habe zunächst seine Tagesordnung festgestellt und die Frage erörtert, in welcher Form die Vorschläge der englischen Regierung verbindet werden sollte. Von einer Seite sei verlangt worden, daß die Aussprache über die englischen Vorschläge öffentlich sein sollte. Aus den Unterhaltungen, die vor der Sitzung schon stattfanden, gehe hervor, daß die Saarfrage ausführlich behandelt werden wird. Lord Cecil, der Vertreter Groß-Britannieens, und Hanotaux, der Vertreter Frankreichs, hätten heute vormittag zusammen das Frühstück eingenommen und es sei sehr wahrscheinlich, daß die private Unterhaltung, die sie dabei hatten, ihre Rückwirkung auf die Verhandlungen des Völkerbundsrates ausüben wird. Es habe den Anschein, als ob die Verordnung vom 7. März 1923 wieder zurückgezogen werden wird. Man habe allgemein den Eindruck, daß eine Einigung nicht schwer sein wird. Der Korrespondent teilt ferner mit, daß der Präsident der Saarregierung vorläufig nicht nach Genf berufen werden wird.

EE Genf, 2. Juli.

Der Völkerbundsrat beschloß, die Saarfrage in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Inzwischen ist der Wortlaut der Tagesordnung dahin geändert worden, daß nunmehr „auf Antrag der englischen Regierung eine Untersuchung darüber angestellt werden soll, ob die Regierungskommission den Friedensvertrag dem Buchstaben und dem Geist nach zur Anwendung bringe."

EE Paris, 2. Juli.

Der „Temps" behauptet feststellen zu können, daß Lord Robert Cecil, der selbst den Antrag auf Untersuchung des Saarproblems durch den Völkerbund gestellt habe, jetzt der Abhaltung einer solchen Untersuchung persönlich abgeneigt (!) sei. In diesem Sinne sei zwischen Lord Curzon und ihm eine Verständigung erzielt worden. Man glaube nunmehr an eine Lösung des Problems, ohne daß Frankreichs Prestige verletzt werden könne. Im übrigen habe der Völkerbundsrat die Politik der Regierungskommission stets gebilligt, so daß er jetzt nicht gut eine Untersuchung einleiten könne, ohne sich selbst zu desavouieren.

Frankreich scheut die Oeffentlichkeit.

Genf, 2. Juli.

Unter dem Vorsitz des italienischen Vertreters Salandra wurde heute vormittag in geheimer Sitzung die 25. Tagung des Völkerbundsrates eröffnet. England ist zum ersten Male durch Lord Robert Cecil vertreten, der früher nur der Völkerbundsversammlung, und zwar als Vertreter Südafrikas angehört hatte, Frankreich durch Hanotaux. Auf der ersten Tagesordnung stehen zwei englische Anträge über die Saarfrage, und zwar 1. ein Antrag über die Notverordnung und Streikpostenverordnung der Regierungskommission, 2. ein Antrag, der eine Untersuchung darüber vorschlägt, ob die Verwaltung des Saargebietes durch die Regierungskommission dem Geiste und dem Buchstaben des Versailler Vertrages entspricht. In der kurzen schriftlichen Begründung des zweiten Antrages erklärt die englische Regierung, daß, da der Völkerbund im Saargebiet das Amt von Treuhändern ausübe, und die Regierungskommission den Völkerbund vertrete, es Pflicht des Rates sei, sich darüber zu vergewissern, daß die Verwaltung des Saargebietes im Sinne des Vertrages von Versailles ausgeübt werde. Gleich in der ersten Sitzung wurde die Saarfrage insofern angeschnitten, als Robert Cecil nachdrücklichst die Oeffentlichkeit der Debatten, vor allem die Debatte über die Saarfrage verlangte, für die sich die allgemeine Oeffentlichkeit interessiere. Hanotaux widersprach dem Antrag lebhaft und lehnte auch die Anregung Lord Robert Cecils ab, die Veröffentlichung seiner Ausführungen bei der späteren Begründung des englischen Antrages durchsetzen will. Die Frage der Oeffentlichkeit der Debatte soll in der heutigen Nachmittagssitzung des Rates, die zunächst auch geheim sein wird, nochmals zur Sprache kommen.

Außer der Saarfrage stehen noch verschiedene andere die deutsche Oeffentlichkeit interessierende Fragen auf der Tagesordnung. 1. Verschiedene Danziger Angelegenheiten, darunter die Finanzlage Danzigs, die Regelung des Paßwesens für nach und aus Polen reisende Danziger, 2. die Auslegung des Artikels 4 des Minderheitsvertrages vom 28. Juni 1919. Die Deutschland hier Frage ist auf die Beschwerden des Deutschtumsbundes hin, trotz anfänglichen polnischen Widerstandes, auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Vatikan und Papstbrief.

EP Rom, 2. Juli.

In vatikanischen Kreisen macht man aus der durch den Papstbrief über die Reparationsfrage mit der französischen Regierung entstandenen diplomatischen Spannung keinen Hehl. Man bestreitet aber einen eigentlichen diplomatischen Zwischenfall. Die vatikanischen Organe finden die Unzufriedenheit Frankreichs über den Brief des Papstes sei sehr unangebracht, weil diese Botschaft durch aus keinen französenfeindlichen Charakter habe, sondern von höheren allgemeinen Erwägungen und Besorgnissen ausging. Der Brief sei ohne jeden deutschen Einfluß entstanden. Man hoffe in katholischen Kreisen, daß die in Frankreich und Belgien hervorgerufene Verstimmung bald verschwinden und einer richtigen Bewertung des Papstbriefes und seiner Zwecke zum Vorteile eines wahrhaften Friedens Platz machen werde.

*

Rom, 2. Juli.

In den Kreisen des Vatikans hält man den Zwischenfall zwischen Frankreich und dem Vatikan aus Anlaß des Papstbriefes über die Ruhrbesetzung für erledigt. In einer längeren Unterredung zwischen dem Papst und dem französischen Botschafter Jonnart erläuterte der Papst ausführlich den Geist seines Briefes, wobei er dessen Inhalt in vollem Umfange bestätigte. Besondere Sorge vorrufende dem Papst die Tatsache, daß das deutsche Volk infolge seiner Leiden vom Bolschewismus mit seinen schrecklichen Folgen heimgesucht werden könne.

Die Fechenbach-Interpellation.

Die gestrige Reichstagssitzung eröffnete Präsident Löbe erst gegen 4 Uhr nachmittags, da inzwischen eine Sitzung des Aeltestenrates abgehalten werden mußte. In dieser wurde beschlossen, die auf der Tagesordnung stehende zweite Lesung des Gesetzes über die Feier- und Gedenktage abzusetzen und den nächsten Punkt der Tagesordnung, die sozialdemokratische Interpellation über die Rechtsprechung des Bayerischen Volksgerichts in München im Landesverratsprozeß Fechenbach, zu behandeln.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident mit, daß der Abg. Dr. Most (D. Vp.) und anderen Volksgenossen als Geisel wegen des Eisenbahnunglücks in Duisburg verhaftet worden ist. (Lebhafte Unruhe und Pfuirufe.) Der Präsident erklärt, daß alles geschehen werde, um ihn wieder zu befreien, daß aber die Hoffnung gegeben sei, daß die französischen Behörden, die eben wieder neue Zeichen ungeheurer Brutalität gegeben hätten, die eben wieder 7 Todesurteile gefällt hätten, einen Akt der Gerechtigkeit und des Rechtes vollziehen würden. (Zustimmung.)

Auf der Tagesordnung steht dann die Fechenbach-Interpellation.

Abg. Dittmann (Soz.) gibt einen Ueberblick über den Verlauf des Fechenbachprozesses. Der Journalist Felix Fechenbach wurde in München zu elf Jahren Zuchthaus wegen Landesverrats verurteilt. Er hatte die Ergbergersche Denkschrift über die deutschen Friedensziele aus dem Herbst 1914 an ausländische Journalisten verkauft. Da diese Denkschrift aber vierzehn Tage vor ihrer Veröffentlichung in Paris von der Münchener Räterepublik veröffentlicht wurde, wurde sie nicht mehr als Geheimdokument angesehen. Die Verurteilung erfolgte wegen des sogenannten „Ritter"-Telegramms, das der bayerische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, Ritter, unmittelbar vor Beginn des Weltkrieges am 24. Juli 1914 an den bayerischen Ministerpräsidenten v. Hertling richtete. Dieses Telegramm hat Fechenbach an den Schweizer Journalisten Pohoz verkauft, der es im Pariser „Journal" veröffentlicht hat. Der Redner fordert Aufhebung des Fechenbachurteils.

Bayerischer Gesandter Dr. von Preger nimmt darauf zunächst zur Beantwortung der Interpellation das Wort. Für die Stellungnahme der bayerischen Regierung zu dem Urteil seien ausschließlich tatsächliche und rechtliche Gesichtspunkte maßgebend gewesen. (Lärm links.) Sie habe bereits 1919 im Landtag bei der Behandlung von Begnadigungsgesuchen gründlichste Prüfung angelegt. Wenn Fechenbach ein Begnadigungsgesuch einreiche, — ein solches liege zurzeit nicht vor, — werde in diesem Sinne verfahren werden. Die bayerische Regierung werde dann ein Rechtsgutachten des bayerischen Obersten Landesgerichts einholen und dieses ihrer Entscheidung zugrundelegen. (Rufe links: Das ist alles?)

Reichsjustizminister Dr. Heinze gibt zu, daß das Urteil zu zahlreichen Zweifeln Anlaß gebe. (Hört, hört! links.) Aber so einfach sei die Sache nicht. Das Urteil sei auf Grund der mündlichen Verhandlung ergangen und es sei unmöglich, so komplizierte Dinge durch Parlamentsbeschlüsse zu lösen. Der von der bayerischen Regierung vorgeschlagene Weg einer Nachprüfung durch das Oberlandesgericht sei durchaus gangbar. Daß die Veröffentlichung der beiden Schriftstücke aufreizend in Frankreich gewirkt habe, sei aber schlimmerständlich. (Unruhe links.) Das Gericht habe auch Grund der Person, des Augenscheins und der inneren Seelenverfassung des Angeklagten sein Urteil gefällt. Ebenso sei es mit der Tatsache des Geheimsiegels des Ritter-Telegramms. Der Minister lehnt die scharfe Kritik an dem Urteil eines Gerichts ab, das sicher nach bestem Wissen und Gewissen gefaßt sei. (Unruhe links.) Die bayerischen Volksgerichte bestünden zu Recht. (Hört, hört! und Lärm links.) Die bayerische Regierung sei rechtlich nicht imstande, eine Abänderung des Urteils des Volksgerichts zuzulassen. Das Gutachten des Oberlandesgerichts müsse daher abgewartet werden.

In der Besprechung betont Abg. Emminger (Bayr. Vp.), daß es Pflicht sei, allen rechtlichen Bedenken leidenschaftslos nachzugehen. Unmöglich sei es aber, in die Justizhoheit der Länder einzugreifen und im Parlament eine Berufungsinstanz zu schaffen. Fechenbach habe dem Feinde Vorschub geleistet, und zwar im Kriege. Er hätte also noch viel härter bestraft werden können. Die Gerechtigkeit dürfe nicht benutzt werden, um Verbrechen der Strafe zu entziehen, man müsse die Nachprüfung abwarten.

Um 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Ein Einspruch des Reichsrats

gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrats teilte der Ministerialdirektor Dr. Goltzen als Berichterstatter der Ausschüsse mit, daß die Reichsratsausschüsse mit Mehrheit beschlossen hätten, dem Reichsrat zu empfehlen, gegen die Reichstagsbeschlüsse zu dem Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Einspruch zu erheben. Dieser Beschluß stütze sich insbesondere auf die Fassung, die der Reichstag dem § 6 des Gesetzes gegeben habe. — Nach der Regierungsvorlage war die Behandlung von Geschlechtskrankheiten und Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane nur approbierten Aerzten gestattet. Der Reichstag hatte die Worte „Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane" gestrichen und ferner beschlossen, daß die Behandlung von Geschlechtskrankheiten nur den für das Deutsche Reich approbierten Aerzten oder unter der verantwortlichen Leitung von Aerzten stehenden Personen gestattet.

Minister Oeser bemerkte zu dem Beschluß der Ausschüsse: Namens der Reichsregierung mache ich darauf aufmerksam, daß die Erhebung des Einspruches in diesem Falle das Gesetz ernsthaft gefährden würde. Die Gesetzfassung des § 6 nach den Beschlüssen des Reichstages findet auch nicht den Beifall der Reichsregierung. Auch die Reichsregierung hätte gewünscht, daß die ursprüngliche Vorlage wiederhergestellt würde. Die Frage ist aber, ob der Reichsrat durch Erhebung des Einspruchs die Verantwortung dafür zu übernehmen gedenkt, daß die mit so großer Mühe zustande gebrachte, in manchen Hinsichten wertvolle Vorteile enthaltende Vorlage auf diese Weise zerschellen wird, und die Aufgabe erneut zu versuchen, etwa eine neue Vorlage an den Reichstag zu bringen. Ich mache darauf aufmerksam, daß in Bezug auf § 6 eine namentliche Abstimmung stattgefunden hat, so daß hier eine Umstimmung des Reichstages schwer zu erwarten ist. Es ist heute der letzte Tag zur Erhebung des Einspruches.

Die Vollversammlung beschloß mit 48 gegen 13 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen Einspruch gegen die Reichstagsbeschlüsse zu erheben. Für Einlegung des Einspruches stimmten das preußische Staatsministerium und die preußischen Provinzvertreter. Ferner Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg, Oldenburg, Waldeck und Schaumburg-Lippe; dagegen stimmten der Staat Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Braunschweig und Anhalt. Bremen, Lippe und Lübeck enthielten sich.

Angenommen wurde der Gesetzentwurf über die patentamtlichen Gebühren. — Angenommen wurde ein Gesetzentwurf zur Aenderung des Reichshaftpflichtgesetzes. Die unbeschränkte Haftung der Eisenbahnen für Verkehrsschäden soll danach, soweit es sich um Zubilligung einer Rente handelt, auf den jährlichen Höchstbetrag von fünfzig Millionen beschränkt werden, natürlich nur in denjenigen Fällen, wo ein Schaden ohne Verschulden der Eisenbahn erfolgt. Im Falle eines Verschuldens der Eisenbahn gilt nach wie vor die unbeschränkte Haftpflicht. Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrats, je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen, den Höchstbetrag anderweit festsetzen. — Schließlich wurde noch ein Gesetzentwurf über Wiedereinstellungspflicht und Kündigungsbeschränkungen im besetzten Gebiet und im Einbruchsgebiet angenommen, der einer Resolution des Reichstages entspricht.

Hierzu zwei Beilagen.